



SCHLUSS MIT ...

- ... Zerstörung der traditionellen Ehe
- ... finanzieller Ausbeutung von Familien
- ... einseitiger Förderung der Fremdbetreuung
- ... Frühsexualisierung von Kindern an Schulen und Kitas
- ... gesetzeswidriger Beratungspraxis bei Abtreibungen

Familie jetzt schützen!

Für einen Richtungswechsel in der Familienpolitik

Gemeinsam können wir die klassische Familie schützen

Für Wahlfreiheit, für das Recht des Kindes auf seine Eltern, für eine Stärkung des Familienzusammenhaltes, für einen Wechsel in der Familienpolitik.

Ihre Aufklärungsarbeit zählt

Bestellen Sie weitere Falblätter mit dem Bestellcoupon, per Mail oder per Telefon und helfen Sie mit bei der Verbreitung der Falblätter.

Gender Mainstreaming

ist die pseudowissenschaftliche Basis aller familien- wie bildungspolitischen Maßnahmen. Diese Ideologie leugnet den biologischen Unterschied zwischen Frau und Mann. Die Frau hat sich allein im Beruf, der Mann im „Wickelvolontariat“ zu verwirklichen.

Ziel ist, das „überkommene Muster“ der traditionellen Kernfamilie aus Mutter, Vater, Kind zu zersprengen. Dafür soll das Abstammungsrecht entsprechend reformiert werden. Künftig kommt rechtliche Elternschaft nicht mehr allein durch Zeugung, sondern nach dem „Bestellerprinzip“ zustande (z.B. nach einer Samen- oder Embryospende). Sexualität wird auf Lustbefriedigung reduziert. Kinder werden an Schulen und Kitas mit erotischen Spielen frühsexualisiert.

Das Kind wird zum Spielball ideologischer Experimente, die innere Bindung der Familie wird immer weiter ausgehöhlt.

Familienpolitik zerstört die Familie

Die Maßnahmen in der Familienpolitik sprechen eine deutliche Sprache: Demnach sind Kinder überall besser aufgehoben als bei den eigenen Eltern. Erwerbsarbeit ist wertvoller als Erziehungsarbeit. Mutterschaft ist nur eine minderwertige „Rolle“. Die Bindung zwischen Eltern und Kind darf nicht zu eng werden, weil sie die Berufstätigkeit behindert. Mit dieser Motivlage entlarvt sich Familienpolitik als bloße Bedarfspolitik der Wirtschaft. Sie entzieht Eltern Wahlfreiheit und nimmt Kindern das Recht auf ihre Eltern. Das Kind wird zur Wirtschaftsware. Familien werden in Ihrem Zusammenhalt geschwächt.

„Kinderbetreuung und arbeitende Mütter müssen selbstverständlicher werden.“



„Eine Zahlung für Eltern, die für ihre Kinder keinen Krippenplatz beanspruchen, ist bildungspolitisch eine Katastrophe.“

Ursula von der Leyen (CDU)
Bundesfamilienministerin 2005 – 2009

„Was aber nicht passieren darf, ist, dass die Frauen viel zu wenige Stunden arbeiten und ungewollt in der Teilzeitfalle landen.“

Manuela Schwesig (SPD),
Bundesfamilienministerin 2013 – 2017



„Keine Mutter kann ihrem Kind das bieten, was eine Krippe bietet.“

Vera Reiß (SPD), rheinl.-pfälzische Bildungsministerin 2014 – 2016



„Eizellspenden und nicht-kommerzielle Leihmutterschaft sind in vielen Staaten der EU bereits legal und sollten auch in Deutschland unter Auflagen erlaubt werden.“

(Bundestagswahlprogramm 2017)



„Das wollen wir Grüne: Geschlechtersensibilität und Gender Mainstreaming von der Kita bis zur Altenpflege“

(NRW-Landtagswahlprogramm 2017)

„Mit einem bundesweiten Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit wollen wir Forschung, Aus- und Fortbildung bei Polizei, Justiz und anderen staatlichen Akteuren verstärken – insbesondere im Blick auf trans* Kinder und Jugendliche.“

(Bundestagswahlprogramm 2017)

Unsere **5** Forderungen für einen Wechsel in der Familienpolitik



Durch Steuern und Abgaben werden Familien ausgebeutet.

Der enorme Mehraufwand für Pflege und Erziehung von Kindern wird von den staatlichen Sozialversicherungen ignoriert. Eltern zahlen an Beiträgen beinahe ebensoviel wie Kinderlose in die Kassen. Mit dem Paradox: Am besten lebt es sich im Alter von Kindern, die man selbst nie bekommen hat.

1. Elterliche Erziehung muss bei der Rente berücksichtigt werden.

Jedes geborene Kind muss den Renten- und Krankenkassenbeitrag von Eltern spürbar mindern. Eltern dürfen über die Sozialbeiträge nicht länger diskriminiert werden. Wir fordern einen gerechten Familienlastenausgleich.

Die „Ehe für alle“ ist auf dem Vormarsch.

Auch gleichgeschlechtliche Paare sollen heiraten können. Der Begriff der Ehe wird zugunsten einer Minderheit gekapert, um ihn seiner Bedeutung zu berauben. Adoption wird dadurch auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht. Wer die „Ehe für alle“ erlaubt, wird auch alle anderen Eheformen wie Kinderehe, Vielche oder gar Objektche anerkennen müssen. Neue Forderungen, etwa nach Legalisierung der Leihmutterchaft, werden folgen.

2. Ehe muss Ehe bleiben, Recht muss Recht bleiben.

Eine Ehe besteht aus Mann und Frau, so verstanden es auch die Schöpfer des Grundgesetzes. Die Ehe ist das Fundament unserer Gesellschaft und stand stets unter dem besonderen Schutz des Staates. Die grundgesetzlich geschützte Ehe darf nicht verwässert werden.

Die häusliche Erziehung wird vom Staat nicht anerkannt.

Der Staat entmündigt die Eltern. Denn für die Familienpolitik zählt nur ein Lebensmodell: Eltern in die Arbeit, Kinder in die Krippe. Ein einziges Einkommen reicht meistens nicht aus, um ein Leben für alle zu finanzieren. So bleibt Eltern nur die Wahl zwischen Erwerb gekoppelt mit Fremdbetreuung oder Armut.

3. Eltern dürfen selbst bestimmen, wie und von wem ihr Kind erzogen wird.

Der Staat darf nicht einseitig ein bestimmtes Familienmodell – das der berufstätigen Eltern – bevorzugen und massiv subventionieren. Die häusliche Erziehungsleistung muss endlich (finanzielle) Anerkennung finden. Wir fordern Wahlfreiheit für Eltern.

Staatliche Erziehung ist heute „durchgegendert“.

Typisch Junge, typisch Mädchen soll vermieden werden. Kinder sollen lernen, dass das biologische Geschlecht nur eines von vielen ist. Kita-Kindern sollen erste erotische Erfahrungen mit dem Körper vermittelt werden. An die Schulen drängen „Teamworker“ aus LGBT-Lobbygruppen, die Schüler zum persönlichen „Coming Out“ ermuntern wollen.

4. Die würde- und schamverletzende Gender-„Aufklärung“ muss beendet werden.

Sexuelle Vielfalt ist keine Bildung sondern Indoktrination. Die sexuelle Aufklärung von Kindern ist Elternrecht. Der Staat darf seinen Bildungsauftrag nicht dazu missbrauchen, Kinder mit randständigen Sexualpraktiken zu konfrontieren. Wir fordern ideologiefreien Unterricht.

Abtreibung ist heute faktisch Verhütungsmethode.

100.000 Kinder werden jährlich durch Abtreibung getötet. Abtreibung ist in Deutschland illegal, jedoch straffrei bis zum 3. Lebensmonat des Kindes („Fristenlösung“). Die Teilnahme der Frau an einer Schwangerschaftskonfliktberatung ist zwar vorgeschrieben, doch werden die gravierenden psychischen Folgen der Kindstötung in den meisten Fällen nicht ehrlich genug offengelegt.

5. Das JA zum Leben in der Gesellschaft verankern.

Die Abtreibung, zumeist auf Kosten der Krankenkasse, kann keine Lösung sein. Wir fordern die Rückkehr zur lebensbejahenden Beratungspraxis. Ungeborenes Leben muss stärker geschützt werden. Eltern müssen in der Entscheidung für das Leben gefördert werden.

Ihr Einsatz für die Familie zählt!



Bestellen Sie weitere Flyer und leisten Sie mit der Verbreitung einen entscheidenden Beitrag zu einem

WECHSEL IN DER FAMILIENPOLITIK.

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit

Ihrer SPENDE: Mit jedem Euro erreichen wir weitere Mitbürger.

Die Initiative Familien-Schutz ist eine starke, von Bürgern getragene Basisbewegung. Wir kämpfen für die Interessen von Familien auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. **Die Familie muss geschützt werden.** Durch Aufklärung und organisierten Protest. Ihre Unterstützung hilft dabei. Bestellen Sie unsere Faltblätter und verteilen Sie diese an Freunde und Bekannte. **Helfen Sie mit Ihrer Spende:** Jeder Euro ermöglicht uns, weitere Bürger zu erreichen. Druck und vor allem Versand kosten viel Geld. Aber Sie ermöglichen, dass wir jeden bestellten Flyer auch verschicken können. **Gemeinsam können wir etwas bewirken** – für mehr Wertschätzung von Familien, für mehr Wahlfreiheit, für einen Wechsel in der Familienpolitik.

Bestellformular: Dies ist die PDF-Version unseres Faltblatts. Bitte senden Sie mir Druckausgaben unserer Faltblätter in folgender Anzahl zu:



_____ **Ein Fisch ist kein Fahrrad.
Und ein Mann ist keine Frau**



_____ **Wahlfreiheit statt Bevormundung**



_____ **Selbstverständlich Familie**



_____ **Gender-Sexualkunde an Schulen Stoppen**



_____ **Abtreibung ist kein Grundrecht**

Name:

Zusatz:

Straße/Hausnr.:

PLZ und Ort:

E-Mail:

Bitte halten Sie mich über die Arbeit der Initiative Familien-Schutz auf dem Laufenden.



Initiative Familien-Schutz

Zionskirchstr. 3
D-10119 Berlin

Tel: +49-(0)30-88 62 68 96
Fax: +49-(0) 30-34 70 62 64
kontakt@familien-schutz.de

Trägerverein: Zivile Allianz e.V.

Verantwortlicher im Sinne
des Pressegesetzes: Sven von Storch

www.familien-schutz.de

Ohne Spenden wäre dieses Faltblatt nicht entstanden. Ohne Spenden hätten Sie das Faltblatt nicht erhalten. Dieses Faltblatt ist ein Teil unserer breiten Öffentlichkeitsarbeit, mit der wir die Interessen der Familie in Politik und Gesellschaft verteidigen und schützen. Jede Hilfe zählt. Jeder gespendete Euro ist eine Hilfe. Bitte spenden auch Sie an die Initiative Familien-Schutz.

Erschienen August 2017 | Bilder: Shutterstock.de
Mameda Schwesig, Foto: Ralf Rolenschick

Spendenkonto:

IBAN: DE67 1005 0000 0190 8512 95
BIC: BELADEBEXX
Sparkasse